



Anti-demokratische »Smart City« soll Bürger entmündigen: Merkel-Regierung will – weniger Wahlen, weniger Privateigentum

4. Mai 2021 aikos2309
Teile die Wahrheit!



Mehr Überwachung, mehr digitale Kontrolle der Bürger, Privateigentum soll Luxus werden, weniger demokratische Wahlen: So anti-freiheitlich und anti-demokratisch sind die Visionen der Merkel-Regierung für die Zukunft unserer Städte.

»Smart City« — ein schöner Begriff für den blanken Horror. Es ist geradezu eine Dystopie, die von den Beratern der Merkel-Regierung ausgekocht wird.

In der Broschüre »Smart City Charta: Digitale Transformation in den Kommunen nachhaltig gestalten«, herausgegeben vom »Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit«, wird ein Bild von der Zukunft gezeichnet, in der Maschinen uns die wichtigen Entscheidungen abnehmen, unser Leben digital managen und überwachen.

Noch schlimmer: Es sollen weniger demokratische Wahlen stattfinden, weil die digitale Welt unsere Entscheidungen übernimmt. Und es soll das Privateigentum reduziert werden: Wir sollen alles leihen und mieten. Privateigentum soll Luxus werden. Kurz: Die totale Sklaverei.

Künstliche Intelligenz ersetzt die freie Wahl

So heißt es auf Seite 43 beispielsweise zur den digitalen Kontrolle unseres Lebens, dass künstliche Intelligenz unsere Alltagsentscheidungen abnehmen soll:

Zitat: »Künstliche Intelligenz ersetzt Wahl: Wir müssen uns nie entscheiden, einen bestimmten Bus oder Zug zu nehmen, sondern bekommen den schnellsten Weg von A nach B. Wir werden auch nie unsere Schlüssel, Geldbeutel oder Uhren vergessen.«

Das Ganze wird mit dem Begriff »Super resource-efficient society« schöngeredet. ([Der Plan der Umerziehung der Deutschen bis zur Befreiung Deutschlands \(Videos\)](#))

Post-ownership society

Auf selbiger Seite wird von der Reduzierung und teilweisen Abschaffung des Privateigentums gesprochen:

Zitat: »Dank der Information über verfügbare geteilte Waren und Ressourcen macht es weniger Sinn, etwas zu besitzen: Vielleicht wird Privateigentum in der Tat ein Luxus. Daten könnten Geld als Währung ergänzen oder ersetzen.«

Das Ganze wird dann »Post-ownership society« genannt.

Post-voting society

Datenanalyse des Internets soll die freiheitlichen demokratischen Wahlen in Teilen ersetzen:

Zitat: »Da wir genau wissen, was Leute tun und möchten, gibt es weniger Bedarf an Wahlen, Mehrheitsfindungen oder Abstimmungen. Verhaltensbezogene Daten können Demokratie als das gesellschaftliche Feedbacksystem ersetzen.«

Dieser Horror wird »Post-ownership society« genannt. ([BRD: Ein politisches System am Ende seiner Lebenszeit](#)).

Datenschutz? Fehlanzeige! Daten bei Corona-Apps nicht sicher

Zu verschiedenen Corona-Apps kommen immer mehr Beschwerden wegen des mangelnden Datenschutzes. Kritische Sicherheitslücken erlauben es anderen Apps, Daten auszulesen.

Google hatte versprochen, dass die Corona-App vollständig privat sei und sicheren Datenschutz biete. Auch die Merkel-Regierung hat ihren Bürgern versichert, dass die Corona-App den »den hohen deutschen Datenschutz-Anforderungen entspricht«.

Doch das ist nicht der Fall. Es gibt erhebliche Daten-Leaks, denn hunderte andere vorinstallierte Apps können die Daten einsehen [siehe Berichte »[inside digital](#)« und »[The Markup](#)«]. Schuld daran ist die Android-Schnittstelle.

Viele Bürger scheinen das schon geahnt zu haben. Denn wie eine Umfrage der privaten Hochschule *Hertie School* und des Marktforschungsunternehmens *respondi* ergab, dass viele Deutsche Zweifel an der Datensicherheit der Corona-Warn-App haben [siehe Bericht »[Zeit-Online](#)«].

Über die Daten der WarnApps können die Kontakte verfolgt werden. Somit lassen sich soziale Bewegungsmuster erstellen.

Bundesverfassungsgericht mit Verfassungsbeschwerden überschüttet: Schon mehr als 200 Verfahren gegen Merkels-Corona-Gesetz in Karlsruhe registriert

Der Widerstand der Bürger wird deutlich: Die Flut der Verfassungsbeschwerden, die wegen Merkels totalitäres Corona-Gesetz in Karlsruhe eingehen, nimmt kein Ende. ([BRD: Besatzung bis 2099 \(Video\)](#))

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe muss sich bereits mit mehr als 200 Verfahren wegen Merkels totalitärem Corona-Gesetz auseinandersetzen [siehe Berichte »[Stern](#)«, »[Berliner Zeitung](#)«, »[Stuttgarter Zeitung](#)«].

Die Verfassungsbeschwerden und Eilanträge richten sich vor allem gegen die Ausgangsbeschränkungen und Kontaktbeschränkungen. Viele richten sich aber auch gegen das ganze Gesetz, bestätigt ein Gerichtssprecher in Karlsruhe.

Prof. Dr. Josef Franz Lindner, Professor für öffentliches Recht an der Universität Augsburg, erklärte gegenüber den Zeitungen der Funke Mediengruppe, dass er gute Erfolgchancen für die Beschwerden sehe:

»Maßnahmen wie die Ausgangssperre, die auf einer fragwürdigen Inzidenzzahl basiert und keine Ausnahmeregelung für geimpfte oder genesene Personen beinhaltet, sind klar unverhältnismäßig und eine eklatante Verletzung der Grundrechte.«

Trotz dieser Verfassungsbeschwerden wird in vielen Mainstream-Medien immer noch gegen Kritiker des Corona-Regimes gewettert, als handele es sich um Verschwörungstheoretiker. So musste sich der Schauspieler Jan Josef Liefers im Fernsehen bei der Talkshow gegenüber Maybritt Illner für seine Kritik rechtfertigen. ([Merkels Plan: Die insolvente BRD – das Kasperle-Theater beginnt \(Video\)](#))

Merkels Corona-Regime: Zustände wie in der DDR

Die Zustände von Merkels Corona-Regime erinnern immer mehr an die DDR: Schritt für Schritt nimmt die Merkel-Regierung uns alle bürgerlichen Freiheiten.

Die Corona-Verordnungen öffnen totalitären Ideen Tür und Tor. Schon jetzt leiden die Menschen unter den Ausgangssperren und Geschäftsschließungen. Nun soll sogar eine 2-Klassengesellschaft die Menschen in Geimpfte und Nicht-Geimpfte teilen.

...

Quelle: <https://www.pravda-tv.com/2021/05/anti-demokratische-smart-city-soll-buerger-entmuendigen-merkel-regierung-will-weniger-wahlen-weniger-privateigentum/>
20210506 DT (<https://stopreset.ch>)